

# Ostholsteinbrief

DEZEMBER 2013

NUMMER 34

4. JAHRGANG

WWW.SP-D-OSTHOLSTEIN.DE

## LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,



das Jahr neigt sich dem Ende zu, doch von Ruhe kann keine Rede sein. Das Mitgliedervotum zur Beschlussfassung über den Koalitionsvertrag beschäftigt die Genoss\_innen persönlich, die Ortsvereine, den Kreis- und besonders den Landesverband. Auf unserer Mitgliederversammlung haben 55 für und 46 gegen den Koalitionsvertrag gestimmt.

Aber unabhängig davon bewegt uns mehr im Kreisverband. In dieser Ausgabe haben wir unsere Frauen in den Mittelpunkt gestellt. Es geht um Politik für und von Frauen. Der Kreisverband Ostholstein hat traditionell einen hohen Frauenanteil in den Gremien. Das heißt aber nicht, dass es nicht gern mehr sein können. Vielleicht bekommt die eine oder andere beim Lesen der folgenden Artikel Lust mitzuarbeiten. Ich würde mich sehr darüber freuen. Das wird heute der letzte OH-Brief für 2013 sein. Deshalb

wünsche ich euch eine besinnliche Vorweihnachtszeit, ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr. Bleibt gesund und habt gute Vorsätze für 2014. Am 29. Januar 2014 beginnen wir mit unserem Neujahrsempfang mit unseren Veranstaltungen für das kommende Jahr. Es wäre schön, wenn ich viele von euch dort begrüßen könnte. ■

Mit solidarischen Grüßen  
Euer

Lars Winter MdL,  
Kreisvorsitzender

INHALT	SEITE
Editorial	1
Tag gegen Gewalt	1
Pinkstinks: Falsche Bilder	2
Frauen in Europa	3
Landesfrauenkonferenz	4
Antrag Vernetzung	4
Neuer AsF Vorstand	5
Kopf OH	5
Aufschrei Ehrenamt	6
Aufruf Ehrenamt	7
Gleichstellungsbeirat	8
Mitgliederversammlung	8
KTF Rück-/Ausblick	9
KTF Gesundheitsmanagement	10
Trauer um Heinz Brasch	11
Flüchtlingspolitik	11
Festakt für Willy	12
Weihnachtsgrüße	13
Impressum	13

## RALF STEGNER UND CORNELIA ÖSTREICH FORDERN ENTSCHLOSSENES VORGEHEN GEGEN GEWALT UND SEXISMUS

### INTERNATIONALER AKTIONSTAG GEGEN GEWALT

Seit 1981 findet am 25. November der internationale Aktionstag gegen Gewalt gegen Frauen statt. „Auch im Jahr 2013 bleibt sexualisierte Gewalt immer noch viel zu häufig ungesühnt“, erklärt zu diesem Anlass Ralf Stegner. „Das liegt nicht nur an der oftmals begreiflichen Angst der Betroffenen vor einer Anzeige, gerade wenn der Täter dem Bekanntenkreis entstammt. Es liegt leider auch daran, dass Strafrecht und gesellschaftliche Diskussion in Deutschland nicht auf dem Stand der Realitäten sind.“

„Noch immer bedarf es, damit eine Vergewaltigung gerichtlich verfolgt wird, einer nachgewiesenen Bedrohung für Leib und Leben bzw. ausgewogenen Lage des Opfers. Als genüge es nicht, dass die Tat gegen dessen Willen geschah – wie zahlreiche andere Länder dies inzwischen anerkennen“, so Cornelia Östreich, Landesvorsitzende der schleswig-holsteinischen Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF). „Daher fordern wir die Modernisierung des § 177 StGB nach dem Prinzip: ‚Nein‘ heißt ‚nein!‘“

Eine weitere Hürde für Vergewaltigungsoffer bestand

lange Zeit darin, dass die Beweissicherung mit einer Anzeige verknüpft werden musste. Dazu sahen sich aber viele Frauen im Zustand des Schocks und der Enttäuschung über einen oftmals nah bekannten Täter nicht imstande. Schleswig-Holstein hat, als erstes Flächenland der Bundesrepublik, die Weichen für eine anonyme Spurensicherung unmittelbar nach der Tat gestellt! Es muss aber noch mehr geschehen, damit Frauen ohne Angst leben und ihr Recht auf freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit wahrnehmen können: „Immer noch ranken sich Vorurteile und Stereotype um sexualisierte Gewalt - von der angeblichen Provokation durch aufreizende Kleidung bis zum Rache-Mythos, wenn es doch einmal zu einem Vergewaltigungsverfahren kommt“, so Östreich.

„Zum vollen Schutz der Menschenrechte von Frauen gehört auch ein entschlossenes Vorgehen gegen Sexismus. Die Konservativen in Deutschland und Europa wollen davon nichts wissen. Für die SPD hingegen geht das Thema bereits auf Parteigründer August Bebel zurück“, erklärt Ralf Stegner abschließend. ■

## PINKSTINKS FALSCHES BILD FÜR ECHTE MENSCHEN

Vielleicht ist Ihnen das ja auch schon passiert: Sie schlendern durch die Straßen und plötzlich bleibt ihr Blick an einer Werbefläche hängen. Ein paar Sekunden betrachten Sie das Bild, schütteln den Kopf, murmeln etwas davon, wie unfassbar das Ganze ist, und gehen dann weiter.

Dem Team von Pinkstinks geht es die ganze Zeit so. Wir haben uns als Verein zusammengefunden, weil wir einfach nicht mehr hinnehmen wollen, was Werbung versucht, mit Menschen jeden Alters, insbesondere aber mit Kindern und Jugendlichen, zu machen. Seit Jahren überbietet sich die Werbeindustrie darin, vor allem Mädchen Bilder vorzusetzen, die sie enorm unter Druck setzen. Models werden verschlankt, in die Länge gezogen, aufgehellt und ganz allgemein so verändert, dass sie sich selbst kaum wieder erkennen können. Der berühmteste Satz zu diesem Phänomen stammt von dem Model Cindy Crawford, die einmal bemerkte: „Ich wünschte, ich würde so aussehen wie Cindy Crawford!“ Aber das tut sie nicht. Niemand sieht so aus. Und obwohl niemand so aussieht, sind unsere Städte, unser Konsumverhalten und unsere Sehgewohnheiten voll von solchen Bildern. Bilder, die uns und unsere Kinder fragen, ob wir nicht auch so schön, stark und begehrenswert sein wollen wie die dargestellten bis zur Unkenntlichkeit aufgehübschten Models. Die Folgen werden dabei billigend in Kauf genommen.

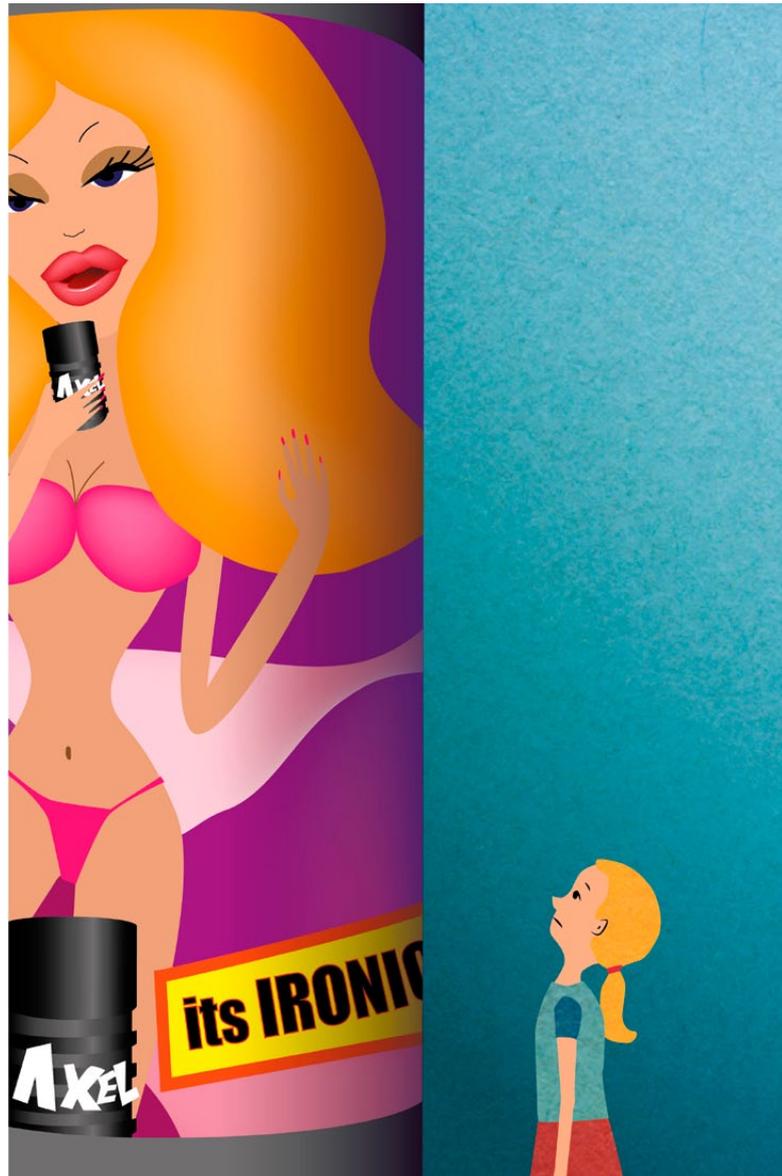
### SCHLECHTES GEWISSEN BEIM ESSEN

1/3 aller Mädchen in Deutschland hatte schon einmal ein schlechtes Gewissen beim Essen gehabt und fast die Hälfte hat bis zur Volljährigkeit schon einmal gehungert, um schlanker zu sein. Jedes vierte Mädchen wäre gerne schlanker und jeder sechste Junge athletischer. Jedes vierte Mädchen würde eine Schönheitsoperation als Geschenk annehmen und vornehmen lassen. Mit immer neuen, absurden Bildern nimmt sich eine ganze Industrie heraus, Menschen in Rollen zu zwingen und ihnen vorzuschreiben, was schön ist und was nicht. Die Verantwortung für das, was dadurch ausgelöst wird, lehnt sie mit Verweis auf „den mündigen Verbraucher“ ab. Wir müssten es ja besser wissen. Wir müssten wissen, wie Menschen eigentlich aussehen, wir müssten verstehen, was ironisch gemeint ist und wir könnten ja wegucken, wenn es uns nicht gefällt.

### FÜR PINKSTINKS IST SCHLUSS MIT WEGGUCKEN!

Schluss mit Inszenierungen von vornehmlich weiblichen Körpern als Mittel zum Werbezweck ohne Rücksicht auf Verluste. Schluss mit Sexismus.

Denn Sexismus ist nicht cool. Es ist nicht cool, dass uns immer mehr Bilder von Frauen präsentiert werden, die zerbrechlich, passiv und sexuell verfügbar wirken. Es ist nicht cool, wenn ein nackter Frauenkörper ohne Kopf dafür eingesetzt wird, Fußbodenbeläge zu bewerben, Notenständer oder sonst irgendein Produkt, das offensichtlich so banal und alltäglich ist, dass Werberinnen und Werber es für eine gute Idee halten, es mit ein bisschen Nacktheit aufzupeppen. Es ist nicht cool, es macht krank. Produkte sind für Menschen da, nicht andersherum. Und egal wie dringend mir ein Pro-



dukt verkauft werden soll, das Produkt hat das Objekt zu bleiben und die Menschen, mit denen es beworben wird, die Subjekte. Selbstverständlich sollte in einer freien Marktwirtschaft für Produkte geworben werden können. Aber diese Werbung sollte ein Angebot an mögliche Käuferinnen und Käufer sein und keine Drohung beinhalten: Kauf mich, oder sonst...

### GEGEN DIESE DROHUNGEN GEHT PINKSTINKS AUF DREIFACHE WEISE AN

Wir treten direkt an die Macherinnen und Macher von den entsprechenden Produkten und Werbekampagnen heran und fordern sie zum Umdenken auf. Wir rufen an, schreiben, schreien, protestieren, demonstrieren. Wir verhandeln mit dem Deutschen Werberat um klarere und schärfer formulierte Kriterien, nach denen Sexismus in der Werbung deutlich identifiziert und gerügt werden kann.

Wir gehen in die Schulen und zeigen Kindern und Jugendlichen mit Theaterarbeit, wie Werbung auf sie wirkt

und was mit ihnen gemacht wird. Wünschen würden wir uns natürlich, dass die jeweiligen Schulbehörden diesem Problem mehr Aufmerksamkeit schenken, aber solange dort nichts gemacht wird, macht Pinkstinks Theater.

Und wir bereiten mit Juristinnen den Antrag auf eine Gesetzesänderung vor, die es ermöglichen soll, grob menschenverachtende, sexistische Werbung gar nicht erst zuzulassen. Eine Sache ist uns darüber hinaus wichtig. Pinkstinks hat nichts gegen Nacktheit oder gegen Werbung. Pinkstinks ist auch nicht körperfeindlich. Das Gegenteil ist der Fall. Wenn die Beine von Models auf Werbeplakaten so dünn retuschiert werden, dass sie im echten Leben keinen Schritt mehr tun könnten, und Mädchen suggeriert wird, so aussehen zu müssen – das ist körperfeindlich. Das ist es, was uns stinkt. ■

Nils Pickert  
für Pinkstinks

## PINKSTINKS

Pinkstinks ist eine Kampagne gegen Produkte, Werbeinhalte und Marketingstrategien, die Mädchen eine limitierende Geschlechterrolle zuweisen. Diese „Pinkifizierung“ trifft Mädchen und Jungen gleichermaßen, und Pinkstinks möchte diesem Trend entgegenwirken. Wir werben für ein kritisches Medienbewusstsein, Selbstachtung, ein positives Körperbild und alternative weibliche Rollenbilder für Kinder.

## LINKS

zur Homepage von Pinkstinks [www.pinkstinks.de](http://www.pinkstinks.de), mit u.a. Buchtipps für Große und Kleine (last minute-Geschenke für Weihnachten!), Newsletteranmeldung und direkt zu wunderschönen und ganz grässlichen (aber wirklich sehenswerten) Pinkstinks-Filmen <http://pinkstinks.de/maedchenbilder/film>

# Mädchen sein kann man auf **VIELE** WEISEN JUNGE sein kann man auf **viele** Weisen

## FRAUEN IN EUROPA EINE FRAGE DER GERECHTIGKEIT



Frauen sind in den Führungsetagen der großen europäischen Unternehmen immer noch selten anzutreffen. Der Frauenanteil in den Entscheidungsgremien der börsennotierten Unternehmen liegt bei nicht einmal 17 Prozent, in Deutschland sind sogar nur rund 15 Prozent der Aufsichtsratsmitglieder von Unternehmen weiblich – unter den Vorständen sind gerade mal

drei Prozent Frauen. Das auf einen Mangel an qualifizierten Kandidatinnen zurückzuführen, wird immer unglaubwürdiger – nicht zuletzt angesichts der Tatsache, dass 60 Prozent der Universitätsabsolventen in der Europäischen Union weiblich sind.

In Brüssel diskutieren wir deshalb schon länger über die Einführung einer Quote, und das Europaparlament zeigt sich parteiübergreifend sehr offen für diese Überlegungen. Sicher auch deshalb, weil in den EU-Ländern, die bereits eine Quote haben, die Erfahrungen durchweg positiv sind. Zu diesen gehören übrigens interessanterweise auch mehrere Länder mit konservativen Regierungen.

Das Europäische Parlament hat Ende November einen Gesetzesvorschlag angenommen, der verbindliche Regeln zur Erhöhung des Frauenanteils in Aufsichtsräten anstrebt. Diese Abstimmung war ein wichtiger Schritt hin zu einer EU-weiten und verbindlichen Quote für Frauen in Aufsichtsräten. Nun müssen die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten im Europäischen Rat folgen.

Wir Europaabgeordnete wollen börsennotierte Unternehmen in der EU dazu verpflichten, bis zu 40 Prozent ihrer Aufsichtsratsposten ab 2020 mit Frauen zu besetzen. Künftig sollen weibliche Bewerber mit gleicher Qualifikation den Vorrang bei der Postenvergabe im höchsten Entscheidungsgremium von Aktiengesellschaften erhalten. Wenn sich die Firmen nicht daran halten, drohen ihnen Strafen. So sollen etwa die Mitgliedstaaten künftig Unternehmen, die die Quote nicht umsetzen, von öffentlichen Ausschreibungen ebenso ausschließen können wie vom Erhalt europäischer Fördergelder. Ausgenommen von diesen Strafen sind allerdings kleine und mittlere Unternehmen.

Bei der Entscheidung für eine verbindliche Geschlechterquote geht es schlichtweg um Gerechtigkeit. Frauen stoßen auf ihrem beruflichen Weg immer noch an gläserne Decken, die wir endlich durchbrechen müssen. Und dafür braucht es auch im 21. Jahrhundert leider immer noch eine Quote. ■

Ulrike Rodust, MdEP

## LANDESFRAUENKONFERENZ ASF FORDERT EIN DEMOKRATISCHES EUROPA

Die außerordentliche Landeskonferenz der AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) fand am 26. Oktober in Bredstedt, Kreis Nordfriesland, statt. Auf die rund 40 Delegierten und zahlreiche Gäste wartete eine umfangreiche Tagesordnung. 16 Anträge standen zur Abstimmung, viele davon zu europäischen Themen: So fordert die Arbeitsgemeinschaft eine humanere Flüchtlingspolitik unter Aussetzung des Dublin-II-Abkommens, mehr Befugnisse für das Europäische Parlament, mehr Mitbestimmungsrechte für die nationalen Parlamente, außerdem konsequente Sanktionen gegen solche Mitgliedsstaaten, die gegen Menschenrechte und demokratische Grundregeln verstoßen. Die schleswig-holsteinische Europaabgeordnete Ulrike Rodust nahm an der Versammlung teil und konnte aus eigener Erfahrung von schockierenden Auftritten der Ultrarechten in Brüssel berichten, die vor allem gegen ein selbstbestimmtes Leben von Frauen und gegen die Gleichstellung homosexueller Menschen zu Felde zögen.

Ein Schwerpunkt der die Diskussion über die Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene. Viele Delegierte meldeten sich hierbei sehr kritisch zu Wort und bezweifelten, dass der Politikwechsel, für den sie sich im Wahlkampf eingesetzt hatten, zusammen mit der CDU/CSU überhaupt zu realisieren wäre. Einem Antrag, der die Große Koalition folglich ablehnte, auch auf die Gefahren für unsere Demokratie

(Schwächung von Oppositionsrechten und Bundesrat) hinwies, wurde mit großer Mehrheit zugestimmt. (Eine Stellungnahme des Landesvorstands der AsF S-H zum Koalitionsvertrag unter: [http://www.spd-net-sh.de/asf/index.php?mod=content&menu=33&page\\_id=11828](http://www.spd-net-sh.de/asf/index.php?mod=content&menu=33&page_id=11828))

Margrit Zauner, AsF Bundesvorstandsmitglied aus Berlin, hielt einen Vortrag über Gender Budgeting – geschlechtergerechte Haushaltsführung – mit vielen Beispielen aus der Praxis. Die Umsetzung von Gender Budgeting ist Bestandteil des schleswig-holsteinischen Koalitionsvertrages und wurde den drei anwesenden Landtagsabgeordneten Simone Lange, Beate Raudies und Regina Poersch nochmals besonders ans Herz gelegt, ebenso die Prüfung des Wahlgesetzes mit dem Ziel der Parität zwischen Frauen und Männern – wozu die AsF beschloss, dem Vorbild Frankreichs zu folgen.

Vorstandswahlen fanden diesmal nicht statt, aber es wurden neun Delegierte, darunter Annette Schlichter-Schenck, zur AsF Bundeskonferenz, die im kommenden Juni in Karlsruhe stattfindet, gewählt. Die SPD Frauen unterstützen Ulrike Rodust bei ihrer erneuten Europakandidatur – sowie Regina Poersch in ihrem „Rucksack“, ferner Sabine Gilleßen als zweiten Wahlvorschlag. ■

Cornelia Östreich  
AsF Landesvorsitzende SH

## ERLÄUTERUNGEN ZUM ANTRAG DER ASF OSTHOLSTEIN VERNETZUNG DER POLITISCH AKTIVEN FRAUEN

Wir stellen fest, dass sich eher weniger als mehr Frauen in den regionalen AsF Gruppierungen zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden.

Die Gründe sind vielfältig: Die aktiven Frauen sind meist mehrfach aktiv und stoßen natürlich irgendwann an ihre Grenzen. Die Wege auf dem Land sind weit, und nicht jede von uns verfügt über ein eigenes Auto und kann die Aufgaben innerhalb der Familie stundenweise an jemand anderen abgeben. Die meisten von uns kennen das Gefühl, sich mühsam freigeschaufelt zu haben und dennoch erschöpft und frustriert abends von Sitzungen zurückzukehren, die sich wieder einmal fast ausschließlich um das Befinden einiger weniger Genossen gedreht haben. Lange Sitzungen mit wenigen klaren Ergebnissen sind nicht so ungewöhnlich, wir alle kennen das.

Ich erlebe allerdings auch, dass nur wenige gleichgesinnte Frauen in meiner Umgebung ausreichen, um mir den Spaß an politischer Arbeit zu erhalten. Der Austausch über Widrigkeiten, aber auch über gelungene Schachzüge ist mir wichtig. Wichtig ist auch der humorvolle Abstand, aber auch ein kurzes gelegentliches „Ablästern“ über männliche Expertenansichten.

Um die Freude an aktiver politischer Arbeit zu erhalten, ist also die Vernetzung notwendig – wir sind meist mehr als Männer auf sinnvolle Ressourcennutzung angewiesen, weil wir meist weniger Unterstützung von zuhause erfahren.

Daher haben wir den Landesvorstand der AsF auf der

Landesfrauenkonferenz aufgefordert, ein Konzept zur besseren Vernetzung der aktiven Frauen im Land Schleswig-Holstein zu erarbeiten. Wir stellen uns vor, dass die AsF eine Homepage unterhält, der sowohl auf einen Blick die aktiven Kreisverbände, als auch deren Mitglieder zu entnehmen sind. Die Mitglieder sollten mit ihren Ämtern und fachlichen Schwerpunkten vertreten sein, um die Orientierung zu erleichtern. Ich wünsche mir, dass ich auf der Suche nach Hilfe zum Thema „Nahversorgung auf dem Land“ hier fündig würde. Oder Unterstützung in einem neuen Amt finde, weil ich z.B. nach anderen Bürgermeisterinnen gesucht habe. Hier sollten nach unserer Vorstellung auch Artikel und Dokumente, Tagesordnungen und Protokolle zum Download hinterlegt werden können, so dass alle interessierten Frauen auf gleichem Wissensstand sind – wenn sie es denn wollen.

Ganz klar ist, dass weder der Aufbau der Homepage noch deren regelmäßige Aktualisierung und Pflege ehrenamtlich geleistet werden kann. Daher haben wir die Landes-AsF gebeten, sich beim SPD Landesverband für ein Budget einzusetzen, das diese notwendige Arbeit in verlässliche, professionelle Hände legt. Ich bin sicher, dass die anderen Arbeitsgemeinschaften sich über finanzielle Unterstützung hinsichtlich ihrer landesweiten Arbeit ebenso freuen würden. ■

Swantje Meininghaus  
stellvertretende Vorsitzende der AsF Ostholstein

## ASF OSTHOLSTEIN

## NEUER KREISVORSTAND GEWÄHLT

Foto © Beate Müller-Behrens



Wegen beruflicher und kommunalpolitischer Aufgaben konnte Swantje Meininghaus bei der letzten Jahreshauptversammlung der ostholsteinischen SPD-Frauen nicht wieder für den Vorsitz kandidieren. Ich wurde neue Vorsitzende meine beiden Stellvertreterinnen sind Swantje Meininghaus und Annette Schlichter-Schenck. Beide sind nach der Kommunalwahl stellvertretende Bürgermeisterinnen, Swantje in ihrer Heimatgemeinde Süsel, Annette in ihrem Wohnort Oldenburg. Komplettiert wird der Vorstand durch Ute Stahl, Nadia Goetz und Susanne Böttcher aus Süsel, Beate Müller-Behrens und Christina Vadersen-Marohn aus Bosau und Linda Krug aus Eutin.

Die bisherige Vorsitzende konnte den Frauen einen erfolgreichen Bericht über die Tätigkeiten im letzten Jahr vorlegen, in dem sie nicht nur auf die Werbung für die AsF mit selbst Gebackenem auf Weihnachtsmärkten sondern auch

auf eine qualitativ hochwertige Veranstaltung zur Pflege im Alter, auf die effektive Mitarbeit am Kommunalwahlprogramm und auf die Mitwirkung beim Bundestagswahlkampf hinwies. Ein von der AsF initiiertes Antrag der SPD Kreistagsfraktion beim Kreis Ostholstein auf Erstellung eines Psychosozialen Wegweisers ist nach längeren Anlaufschwierigkeiten auf dem Weg der Realisierung.

Delegierte zu Kreisparteitagen sind künftig Gisela Teuchert-Benker, Swantje Meininghaus und Christina Vadersen-Marohn, Stellvertreterinnen sind Linda Krug, Ute Stahl, Nadia Goetz und Beate Müller-Behrens. An der Landeskonferenz der schleswig-holsteinischen SPD-Frauen nahmen Swantje Meininghaus, Linda Krug, Ute Stahl, Beate Müller-Behrens und ich teil. Dort wurde Annette Schlichter-Schenck, die dem Landesvorstand der AsF angehört, zur Delegierten für die Bundesfrauenkonferenz in Karlsruhe gewählt.

Die nächste Zusammenkunft findet am 12. Dezember um 19 Uhr in der Haasen-Diele in Süsel statt. Dort soll u.a. über Mitgliederwerbung und kommunalpolitische Themen (nicht nur sogenannte frauenspezifische) gesprochen werden, bevor es zum lockeren Klönschnack kommt. ■

Gisela Teuchert-Benker  
Kreisvorsitzende AsF Ostholstein

## KOPF OH

## KOMMUNALPOLITISCHES FRAUENNETZ OSTHOLSTEIN

Foto © Foto Prien, Eutin/KTF



Als wir uns im August 2011 gründeten, war uns nicht gleich klar, wie schwierig es sein würde, einen Verein auf die Beine zu stellen, der den Anspruch erfüllt, Frauen für die Kommunalpolitik zu begeistern oder sich für andere gesellschaftliche Gruppierungen zu engagieren. Nachdem die vielen Formalitäten erst mal gemeistert waren, wurde gemeinsam überlegt, mit welchem Thema wir starten. Anfang dieses Jahres war es dann soweit, wir Kopf-Frauen haben ein Seminar angeboten zu dem Thema „Engagiert in der Kommune, Kommunalpolitik für Einsteigerinnen“. Dieser Einladung folgten 25 Teilnehmerinnen, die sich Anfang Februar 2013, also kurz vor der Kommunalwahl, mit dieser umfassenden Thematik auseinandersetzen.

Von den Aufgaben einer Bürgermeisterin über Haushaltsrecht, Recht auf Informationen oder Durchsetzungsmöglichkeiten für mein Anliegen kamen genauso zur Sprache wie die Gemeindeordnung oder Gliederung der Verwaltung und Selbstverwaltung. Alles in allem war dieses

erste Seminar ein voller Erfolg. Hieran wollten wir anknüpfen. Wir mussten jedoch feststellen, dass alle Aktiven dieses Jahr sehr mit den Wahlkämpfen zu tun hatten. Wir haben uns dann auch für eine Podiumsdiskussion in Bad Schwartau entschieden. Bei dieser Veranstaltung wurde deutlich, welche Auswirkung die Bundespolitik auf die Kommunale Ebene hat. Stichwort Arbeitsplatzsituation, hier insbesondere der Mindestlohn.

Zu dieser Veranstaltung konnten wir erstmals unseren neuen Flyer verteilen. Auch der von uns ins Leben gerufene Stammtisch hat noch einige Anlaufschwierigkeiten, aber wir bleiben dran!

Soeben hatten wir unsere Jahreshauptversammlung. Wichtigster Punkt natürlich: Ein Haushaltsplanentwurf für 2014 und wann wir wieder ein Seminar anbieten und mit welchem Thema. Wer jetzt von den Leserinnen eine gute Idee hat, möge sich bei uns melden. Bei diesem Stichwort, möchten wir auf unsere Homepage und Email-Adresse hinweisen, sie lautet: [www.kopf-oh.de](http://www.kopf-oh.de) und [info@kopf-oh.de](mailto:info@kopf-oh.de)

Allen Frauen die kommunalpolitisch unterwegs sind, eine schöne Adventszeit, lasst uns „froh und munter sein“ und für das neue Jahr wünschen wir viel Gesundheit und Glück! ■

Gabriele Appel  
Vorstandsfrau von Kopf OH

## MEINE ANFÄNGE IM PARTEI-EHRENAMT

Ich, weiblich, Ende dreißig, habe mir vor knapp anderthalb Jahrzehnten einen neuen Wohnort ausgesucht, der mir mit den Jahren sehr ans Herz wuchs, beschleunigt nach dem Einzug unseres Hundes. Doch das Dorf entwickelte sich im Laufe der Jahre nicht weiter, sondern schrumpfte. In dem bisher touristisch gut frequentierten Ausflugsort gab eine Einrichtung, ein Geschäft nach dem anderen auf. Es war bald nicht mehr der lebendige Ort an dem ich damals so gerne mit dem Bau eines Hauses eine neue Heimat finden wollte. Das will ich ändern – mithilfe, die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen.

So stand für mich 2012 dank flexibler freiberuflicher Arbeitszeiteinteilung und überzeugender Argumentation einer erfahrenen Parteikollegin fest: Ich möchte gerne mitmachen. Die Landfrauen und die Feuerwehr – da gingen die Interessen für mich dann doch zu weit auseinander, aber politische Arbeit mit dem Focus auf Veränderung und Gestaltung der Zukunft in der Gemeinde konnte ich mir gut vorstellen. Gesagt, getan, ich bekannte mich öffentlich zu meiner Gesinnung und unterschrieb einen Mitgliedsantrag der SPD. Dieser wurde angenommen und ab diesem Zeitpunkt begann es interessant zu werden.

Voller Ideen und Tatendrang wuselte ich mich von einer Veranstaltung zur nächsten. Ich bekam von mir gern genutzte Weiterbildungsangebote (wobei einige Herren der Schöpfung tatsächlich glaubten, die teilnehmenden Damen seien an einem Techtelmechtel interessiert und nicht an den Informationen), und nicht zuletzt deshalb schloss ich mich nach einem Schnuppertag sogar noch der engagierten AsF-Gruppe an. Alles war unterm Strich sehr bereichernd und aufregend. Ich lernte viele neue Leute kennen und ich hatte ein gutes Bauchgefühl für mein erstes (und neues – raus, ist doppelt!) Ehrenamt.

Und dann kam es im Mai 2013 natürlich auch noch zu den Kommunalwahlen. Der Parteibeschluss der SPD zum Reißverschluss wurde entgegen aller Vernunft und entgegen offizieller Parteimeinung in meinem Ortsverein leider nicht umgesetzt. Trotz meiner Bereitschaft für einen vorderen Listenplatz zu kandidieren, sollte ich mich weiter hinten anstellen. Aus Platz drei wurde für mich Platz fünf, weil die Herren mit Austritt drohten und Ansprüche aus vergangenen Jahren geltend machten. Erstreiten wollte ich mir (gerade anfangs) nichts. Mir freundlich zugewandte Mitstreiter\_innen, die sich für mich einsetzten, wurden innerhalb der Fraktion mit offensiven Verbalangriffen bedacht. Das hinterließ Eindruck. Mann setzte sich durch – Parteitagsbeschluss hin oder her.

In den folgenden Monaten machte ich trotzdem (dann) wacker einen motivierten Wahlkampf in meinem Wahlkreis, klingelte an praktisch jeder Haustür und zitterte am Wahlabend im Kreishaus und spätabends in der Gemeindeverwaltung um meinen 5. Platz. Doch am Ende reichte es für die SPD in meinem Ort nur für vier Mandate.

So wurde ich bürgerliches Mitglied, auch ein schöner Job. Nun durfte ich tatsächlich endlich so richtig mitmachen. Ich saß bislang schon zweimal mit den anderen Gemeindevertretern in meinem Ausschuss am Tisch und durfte etwas zum Thema beitragen. Als jüngste und eine von zwei Frauen (eine Mitstreiterin einer anderen Partei gibt es noch). Auch

besuche ich gerne andere Ausschüsse.

Das ist spannend und ich lerne viel. Ich lerne, meine männlichen Mitstreiter nicht verstehen zu müssen. Ich lerne, dass oft nicht die konstruktiven Beiträge einer Diskussion im Ausschuss zählen sondern das, was vorher in den Fraktionen festgelegt wurde. Ich lerne, dass Ausschussmitglieder sich tatsächlich schon mal „verstimmen“, weil sie während der Diskussion einfach nur geträumt haben und dann an der falschen Stelle die Hand heben.

Ich lerne, nichts persönlich zu nehmen. Wichtige Anrufe, Urlaub oder entscheidende Kundentermine hat eine Freiberuflerin der ehrenamtlichen Arbeit unterzuordnen – so zumindest eine männliche Äußerung. Ich lerne, dass es auch in einem kleinen Ort Parteizwang und Klientelpolitik gibt. An einer Stelle wird Eigeninitiative von Bürgern abgelehnt, obwohl der Gemeinde fast keine Kosten entstehen, bei nächster Gelegenheit scheint nichts teuer genug zu sein, um XY zufrieden zu stellen.

Meine interessanteste Erfahrung war ein männlicher Hinweis auf mein gemeindliches Beurteilungsvermögen in Kombination mit dem „zugezogen sein“. Da kann ich noch so gut platt schnackeln oder eine eindrucksvolle Rede halten – für viele bin ich zugezogen. Für mich macht es keinen Unterschied, aber manchmal fühlt sich auch Frau sein wie „zugezogen“ sein an. Ihren Platz muss frau sich tatsächlich noch mit der Zeit erarbeiten. Zum Glück bin ich kein Angsthase und dank meiner Größe allein schon körperlich mit den Herren auch 2014 auf Augenhöhe (oder größer!).

Ich wünsche allen Frauen ein erfolgreiches (tolles) neues politisches Jahr! Lasst es krachen!!! ■

**Liebe SPD,  
liebe OV Vorsitzende,  
lieber Kreisvorstand, liebe  
Genossinnen und Genossen, Ihr werdet den  
„verdienten Genossen“ auf die Finger schauen und auch  
klopfen müssen, wenn Ihr möchtet, dass engagierte,  
intelligente junge Frauen, die im Berufsleben stehen, in  
ihrer Freizeit für gemeinsame Ziele kämpfen. Die  
reine Dauer der Parteizugehörigkeit ist KEIN  
Kriterium, das Engagement, Intelligenz  
und Teamfähigkeit ersetzt.**

## ENGAGEMENT FÜR DIE GEMEINDE/GEMEINSCHAFT STELLVERTRETENDE BÜRGERMEISTERIN

Foto © Annika Loewe



Die SPD in der Gemeinde Süsel hat bei der Kommunalwahl im Mai 2013 zwar 48,5% Prozent der Stimmen geholt, da sich aber die CDU und die Freien Wähler zu einer Zusammenarbeit verabredet hatten, stellt bei uns nun die kleinste Fraktion den Bürgermeister.

Der Schwanz wackelt mit dem Hund – könnte man sagen.

Fünf unserer zehn Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter der SPD sind neu in der Kommunalpolitik. Zwei Szenarien spielten wir kurz vor der Kommunalwahl durch: Möglichkeit A: Die SPD stellt den Bürgermeister, unser Fraktionsvorsitzender war gesetzt, und zwei unserer Mitglieder würden den Finanzausschuss und den Planungs- und Bauausschuss auch gerne weiter leiten. Möglichkeit B: Wenn die SPD nicht den Bürgermeister stellt, bleibt ihr der Posten der ersten Stellvertretung, Fraktionsvorsitz war gesetzt und eine Ausschussvorsitzende ebenfalls.

Schnell wurde klar, dass unser bisheriger Bürgermeister nicht als Stellvertretung unter einem politischen Mitbewerber arbeiten würde. Unseren fünf „Neuen“ mochten wir dieses Amt so unvorbereitet auch nicht zumuten, also blieb ich als letzte „Alte“ und ohne Aufgabe über die Gemeindevertretung hinaus übrig. Man versicherte mir glaubhaft, dass das Amt der stellvertretenden ersten Bürgermeisterin wirklich nicht arbeitsaufwändig wäre. Lediglich als Urlaubs- und Krankheitsvertretung und zum Volkstrauertag würde ich mich bereithalten müssen.

### NUN – SO IST ES NICHT

Meine erste Amtshandlung bestand dann auch darin, dass ich den Widerspruch der SPD Fraktion gegen die Süseler Bürgermeisterwahl, die ich als Fraktionsmitglied unterstützt und mitgetragen habe, auf Anraten der Kommunalaufsicht als stellvertretende Bürgermeisterin ablehnen musste. Schneller als gedacht befand ich mich im dichten Gestrüpp aus Gemeindeordnung und Geschäftsordnung, so ganz synchronisiert scheinen beide in unserer Gemeinde noch nicht zu sein.

Zügig stellte sich dann doch die ein oder andere Vertretungssituation ein: mal sollte unserem größten Arbeitgeber ein neues Außengelände eingeweiht werden, Sprechstundenzeiten mussten besetzt und Bürgergespräche geführt werden. Ganze Themenbereiche waren für mich neu: Weder hatte ich mich bisher mit dem Feuerwehrbedarfsplan, noch mit der Verbandsversammlung des Zweckverbandes beschäftigt.

Aber – wie soll ich beurteilen, ob der Bürgermeister seine Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen zum Wohle der Gemeinde Süsel erfüllt, wenn ich die Hintergründe und Entscheidungsgrundlagen nicht kenne? Also arbeite ich mich ein. Im Moment kostet mich die Vertretung viel Zeit und Energie, das ist sicher bei neuen Aufgaben meist der Fall und wird sich mit einiger Routine wohl auch legen.

Ich möchte alle Bürgerinnen ermutigen, sich in die Gestaltung ihrer Lebensumstände einzumischen, sie zum Positiven zu verändern. Ich bin nicht willens, mich blind einer Kommune, einem Kreis oder einer Landesregierung anzuvertrauen, ich möchte die Zusammenhänge begreifen und mich unnötigen Kosten, Nachlässigkeiten und Ungerechtigkeiten in den Weg stellen.

Gerade die Lebensumstände im ländlichen Gebiet werden sich in den kommenden Jahren rasend schnell ändern: Die Versorgung mit schnellem Internet wurde bisher verschlafen, so dass wir heute mit aller Macht versuchen müssen, die Unterversorgung abzustellen. Die Nahversorgung auf den Dörfern gibt es kaum noch, die Wege zu Ärzten, zur Schule und zum Sport sind weit. Und das Geld ist begrenzt, unsere Aufgaben dagegen nehmen zu.

Aber – wir leben hier, mit unseren Familien, unseren Eltern, die vielleicht auch nicht mehr so beweglich und aktiv sind wie noch vor zehn Jahren. Und wir wollen hier ja auch bleiben, nur eben nicht abgehängt von den Kleinstädten und auch nicht im Niemandsland zwischen Lübeck und Kiel.

### ALSO BETEILIGT EUCH, BEWEGT EUCH, EROBERT DIE KOMMUNALPARLAMENTE.

Ob als Ortsvereinsvorsitzende, Gemeindevertreterin, Ausschussvorsitzende oder Bürgermeisterin ist gleich – verschafft Euch Gehör, und gestaltet Euer Leben vor Ort selbst. ■

Swantje Meininghaus

*Stellvertretende Bürgermeisterin und Gemeindevertreterin in Süsel, stellvertretende AsF OH Vorsitzende*

## Gemeinsam geht's besser!

**DEUTSCHER FRAUENRAT** Lobby der Frauen



Auf der Webseite <http://www.frauenrat.de> informiert der Frauenrat laufend über Veranstaltungen zu frauen- und gleichstellungspolitisch relevanten Themen, die vom Deutschen Frauenrat, seinen Mitgliedsverbänden, KooperationspartnerInnen, UnterstützerInnen u.a. durchgeführt werden.

## SPD KREISTAGSFRAKTION STARK VERTRETEN IM GLEICHSTELLUNGSBEIRAT

Foto © Foto Prien, Eutin/KTF



Der Gleichstellungsbeirat im Kreis Ostholstein wurde am 31. Oktober 2013 gegründet. Er besteht aus elf Mitgliedern und ebenso vielen Vertreter\_innen. Fünf Mitglieder werden von den im Kreistag vertretenden Parteien gestellt, sechs Mitglieder wurden auf Vorschlag der Gleichstellungsbeauftragten gewählt, die aus dem Personenkreis der haupt- und ehrenamtlichen

Gleichstellungsbeauftragten und Frauen aus Frauenprojekten und Beratungsstellen des Kreises OH auswählten.

Die SPD Kreistagsfraktion hatte sich im Vorfeld für die Einrichtung eines Gleichstellungsbeirates stark gemacht und ist nun mit zwei Genossinnen als Mitglied und Peter Stark als Vertreter im wahrsten Sinne des Wortes stark präsent. Gabriele Appel ist für die Beratungsstelle des Sozialkatholischen Dienstes und ich bin für die SPD Kreistagsfraktion als frauenpolitische Sprecherin dabei. Gabriele ist ebenfalls Kreistagsabgeordnete, beide sind wir außerdem in der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen aktiv. Wir werden unser Netzwerk hier ausbauen und nutzen, um unsere gleichstellungspolitischen Themen und Ideen fraktionsübergreifend zu transportieren. In der konstituierenden Sitzung wurde Katrin Kunkel vom Job-Center Ostholstein als Vorsitzende und Tanja Gorodiski, hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte aus Bad Schwartau, zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Eine Themensammlung und Arbeitsstruktur für das Jahr 2014 wurde erarbeitet.

Der interkommunale Beirat für die Gleichstellung von Frauen und Männern in Ostholstein soll unter anderem alle Vorhaben begleiten und Konzepte entwickeln, die auf eine faire Chancenverteilung zwischen Frauen und Männern im Kreis abzielen, dies vor allem in den Bereichen Kinder- und Familienfreundlichkeit, Gleichstellung im Erwerbsleben, Klimaschutz, Mobilität, Inklusion, demografischer Wandel, Personalentwicklung und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz. Auch soll der Beirat die Vernetzung zu den kreisangehörigen Städten und Gemeinden sowie zu entsprechenden Institutionen im Kreisgebiet herstellen.

Gespannt sind wir auf den angekündigten Kurzbericht zur nächsten Sitzung von Beiratsmitglied Regine Maaß aus der Kreistagsfraktion der Grünen. Sie wird über die Arbeit „Schleswig-Holstein gendergerecht gestalten“ des Landesfrauenrates berichten.

Wir SPD Frauen konnten uns erfolgreich für die Absicherung des Vereins Notruf e.V. mit seinen beiden Beratungsstellen in Neustadt und Eutin sowie der Hebammenversorgung und die Situation der gynäkologische Abteilung in der SANA-Klinik Oldenburg positionieren. Diese Themen sollen nun vorrangig neben dem Demografiebericht des Kreises auf der ersten Sitzung im Jahr 2014 behandelt werden.

Die nächsten Beiratssitzungen sind am 28. Januar, 17. März (Ausweichtermin), 20. Mai und 23. September, jeweils um 16:00 Uhr im Kreishaus in Eutin. Die Beiratssitzungen sind öffentlich, sie werden mit einer Bürger\_innenfragestunde beginnen.

Link zu weiteren Informationen <http://www.kreis-oh.de/index.phtml?mNavID=335.382&sNavID=335.382&La=1> ■

Annette Schlichter-Schenck

Frauenpolitische Sprecherin der Kreistagsfraktion

## DIE JUSOS HABEN FÜR SIE GEWORBEN DIE MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Als wir Jusos vor mittlerweile über zwei Jahren anfangen für die Mitgliederversammlung auf Ebene des SPD-Kreisverbandes zu werben, da hätten wir wohl nicht erwartet, die erste dieser Art ausgerechnet zur Frage der künftigen Koalition auf Bundesebene zu besuchen.

So aber wurde die Veranstaltung aus unserer Sicht gleich zum doppelten Erfolg. Zum einen bewiesen über 100 Genossinnen und Genossen, dass wir uns über mangelnde Beteiligung der Basis (zumindest bei kontroversen Fragen) wenig Sorgen machen müssen. Zum anderen war die Mitgliederversammlung für viele unserer Juso-Mitglieder eine gute Gelegenheit ihre jeweiligen Argumente pro und contra Große Koalition an den Mann/die Frau zu bringen.

Den Aufschlag machte unser stellvertretender Kreisvorsitzender Felix Feil, der vor allem auf die Probleme einzelner Vorhaben der großen Koalition hinwies und in Hinblick auf Mindestlohn und Co. Peer Steinbrücks Bild der leeren Schachteln bemühte. Unser Kreisvorsitzender Niclas Dürbrook wies

vor allem auf die aus seiner Sicht zahlreichen fehlenden Punkte im Koalitionsvertrag hin. Björn Frohne als einer unserer Beisitzer brachte sein Misstrauen gegenüber Angela Merkel zum Ausdruck. Mit Tim Dürbrook (ebenfalls stellvertretender Vorsitzender) wies der vierte Kritiker aus unseren Reihen auf Licht und Schatten im Koalitionsvertrag hin und erläuterte seine ablehnende Haltung. Als einziger Juso positionierte sich unser Mitglied Timo Vogler für den Koalitionsvertrag, indem er betonte, von einem Koalitionsvertrag nicht mehr erwarten zu können, als die SPD letztlich an Beschlusslage hätte.

Damit spiegelten unsere Redebeiträge sicherlich nicht die volle Bandbreite der kontroversen und guten Diskussion wieder, konnten aber zumindest einen großen Teil davon abdecken. Wir halten fest: mit den Genossinnen und Genossen von der Basis in eine offene Diskussion zu kommen lohnt sich allemal. Auf die nächste Mitgliederversammlung freuen wir uns jetzt schon. ■

**Jusos**  
in der SPD



## KREISTAGSFRAKTION RÜCKBLICK AUF DAS JAHR 2013 UND AUSBLICK AUF 2014

Foto © privat



Liebe Genossinnen, liebe Genossen, das politische Jahr 2013 neigt sich dem Ende zu und ich wünsche euch im Namen der SPD Kreistagsfraktion frohe Festtage, hoffentlich mit Schnee, und einen erfolgreichen Start in das Jahr 2014. Für die SPD Kreistagsfraktion war das Jahr 2013 sehr erfolgreich, zwei politische Höhepunkte möchte ich besonders hervorheben:

vorher:

Bei der Kommunalwahl im Mai 2013 hat die SPD ihr Wahlziel voll erreicht, 30 % plus x war unser Ziel und wir bekamen ein Superergebnis mit 30,26 % (Landes SPD plus 3,2 %), ein Plus von 4,46 % und 18 Sitze im Kreistag. Damit hat die SPD Fraktion OH die meisten Sitze in den Kreistagen von Schleswig-Holstein.

Im Jahr 2004 hat die CDU Mehrheitsfraktion die Pflegeberatungsstelle in Eutin auf Initiative von Landrat Sager aufgelöst. Die SPD Fraktion hat jahrelang immer wieder den Antrag auf Einrichtung eines Pflegestützpunktes gestellt. Der Kreistag wird im Dezember dem Antrag der SPD folgen, und nach zehn Jahren wird der Kreis wieder einen Pflegestützpunkt in Eutin mit je einer Außenstelle in Bad Schwartau und Oldenburg bekommen.

In den Monaten vor der Kommunalwahl im Mai 2013 hat die SPD Fraktion sich mit folgenden Themen beschäftigt:

- ◆ Antrag : Sachstandsbericht zur Breitbandversorgung
- ◆ Gesprächsrunde mit der SPD Bundestagsfraktion/EGOH zum Thema: Wasser-/Campingtourismus und Fahrgastschiffahrt
- ◆ Gesprächsrunde mit dem Unternehmensverband Ostholstein/Plön
- ◆ Gespräch mit dem Betriebsrat von Scandlines
- ◆ Anfrage: Umsetzung der UN-Behindertenrechtskommission f. d. Kreis
- ◆ Anfrage: Früherkennung von Autismus bei Kindern im Kreis
- ◆ Gespräch mit dem Geschäftsführer des Jobcenters
- ◆ Gespräch mit dem Verkehrsbetrieb Rohde
- ◆ Gespräch mit der EGOH in Eutin
- ◆ Gespräch mit dem Geschäftsführer des Hansa Parks Christoph Andreas Leicht
- ◆ Anfrage zur Situation der Zulassungsstelle in Eutin

Jetzt noch einmal zum Wahlergebnis. Der Kreistag hat jetzt 59 Sitze, davon hat die CDU 24 Sitze, ein Minus von vier Sitzen. Die SPD Fraktion hat jetzt 18 Sitze, ein Plus von einem Sitz, die Grünen sieben Sitze, ein Plus von zwei Sitzen und die FDP hat nur noch drei Sitze, ein Minus von vier Sitzen. Die FWG hat sechs Sitze, ein Plus von einem Sitz, und die Linke hat keinen Fraktionsstatus mehr, d. h. ein Sitz. Damit ist im

Kreistag der bürgerliche Block geschmolzen und hat keine Mehrheit mehr. Die CDU muss sich einen neuen Partner suchen.

Die SPD hat sofort die Initiative ergriffen, damit sich in den Ausschüssen der Wählerwille widerspiegelt. Es waren elf Sitze zu vergeben, danach hätte die CDU mit der FDP wieder mit sechs Sitzen die Mehrheit gehabt. Doch alle Fraktionen sind unserem Antrag gefolgt und die ständigen Ausschüsse haben jetzt 13 Sitze, damit hat die SPD Fraktion jetzt in allen Ausschüssen vier Sitze.

Liebe Genossinnen und liebe Genossen, wir haben sieben Fraktionsmitglieder verabschiedet, es sind die Kreistagsabgeordneten Maïke Gast, Waltraut Nieling und Horst Rode und die bürgerlichen Mitglieder Benno Orlick, Axel Hoepke, Wolfgang Unger und Uwe Janke. Aus den unterschiedlichsten Gründen standen die sieben für die Kommunalwahl nicht mehr zur Verfügung. Alle Verabschiedeten haben in der Fraktionsarbeit nach unseren sozialdemokratischen Grundwerten gearbeitet und auch danach gelebt: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Der neue Vorstand der SPD Kreistagsfraktion setzt sich wie folgt zusammen: Fraktionsvorsitzender Burkhard Klink, seine Stellvertreter sind Manfred Jäger und Hilbert Neumann mit den Beisitzer\_innen Britta Petermann, Peter Baldus und Karl-Heinz Jepp. Die SPD Kreistagsfraktion hat 23 Mitglieder, davon 18 Kreistagsabgeordnete und fünf bürgerliche Mitglieder. Wir stellen zwei Ausschussvorsitzende, die erste stellvertretende Kreispräsidentin und den zweiten stellvertretenden Landrat.

Auf der konstituierenden Kreistagssitzung wurde der SPD Antrag zu den Schülerbeförderungskosten abgelehnt und, wie schon von mir berichtet, dem Antrag Pflegestützpunkt zugestimmt. Die SPD Kreistagsfraktion ist gleich nach der Kommunalwahl politisch voll durchgestartet mit – Fraktion vor Ort – und mit Anträgen und Anfragen:

- ◆ Gespräche auf dem FS „Deutschland“ u. a. mit dem DGB Bezirksvorsitzenden Uwe Polkaehn und Konzernbetriebsratsvorsitzenden Bernd Friedrichs. Es war die erste Fraktion vor Ort-Veranstaltung nach der Kommunalwahl. Damit wollte die Fraktion die Wichtigkeit von Scandlines dokumentieren und sich damit eindeutig für den Erhalt der gesamten Arbeitsplätze einsetzen.
- ◆ Antrag Livestream – die Kreistagssitzungen sollen live im Internet übertragen werden
- ◆ Änderungsanträge zum Gleichstellungsbeirat
- ◆ Antrag Kinderkommission – ein Kreis für Kinder
- ◆ Anfrage Ausbau und Erweiterung des Stromnetzes in Ostholstein
- ◆ Antrag/Resolution Reform zum kommunalen Finanzausgleichsgesetz
- ◆ Antrag Sportförderrichtlinien
- ◆ Antrag Implementierung eines betrieblichen Gesundheitsmanagements
- ◆ Reaktivierung des Antrages von 2011, Klimaschutzkonzept für den Kreis

Die SPD Fraktion ist im Kreistag die größte Oppositionsfraktion. Da die CDU und FDP Verluste hinnehmen mussten, haben sie ihre Mehrheit verloren. Die CDU musste sich schnell einen neuen Partner suchen, denn 2015 soll Landrat Sager (CDU) durch den Kreistag wiedergewählt werden.

Die FDP als Mehrheitsbeschaffer ist für die CDU uninteressant geworden und wurde von ihr schnell beiseitegelegt. Wie es sich schon in der letzten Wahlperiode zeigte, wurde sehr schnell ein neues bürgerliches Bündnis gebildet, eine „Landratswiederwahlkoalition“ aus CDU und Grünen. Die Grünen sind jetzt die neuen Mehrheitsbeschaffer für die CDU, dafür haben sie im „Koalitionsvertrag“ einige politische Happen bekommen, um Landrat Sager mitzuwählen. Die strittigen Bereiche zwischen Grünen/CDU wie Fehmarnbeltquerung, Hinterlandanbindung und Ökostrom sind im Vertrag nicht berücksichtigt worden.

Vor zehn Jahren hat die CDU alle sozialen Errungenschaften der SPD mit einem Fingerknipser abgeschafft und vollzieht jetzt eine politische Kehrtwende, um die Grünen im Koalitionsboot zu halten bis Landrat Sager gewählt ist. Besonders erfreut ist die SPD, dass alle politischen Bereiche im „Koalitionsvertrag“ aus der Feder der SPD stammen und schon längst auf den politischen Weg gebracht worden sind. Die CDU Ostholstein hat sich auf ihrem Parteitag in Lensahn nun endgültig von seriöser Politik verabschiedet. Sie zeichnete und profilierte sich den Pressemitteilungen nach nur mit niederen verbalen Sprüchen. Der CDU Kreisvorsitzende hat sich jahrelang nicht an der politischen Arbeit im Kreistag beteiligt, weil er immer durch Abwesenheit glänzte. Die SPD Fraktion schreibt der CDU deutlich ins Stammbuch, dass wir nicht mäkeln und maulen, sondern für den Kreis Ostholstein gestaltende Politik betreiben.

Die SPD ist sowohl mit der CDU, als auch besonders mit den Grünen in vielen politischen Bereiche z. B. Sozialpolitik und Schülerbeförderung weit auseinander, deshalb wäre es wahrscheinlich nicht zu einem Bündnis gekommen, außerdem sind weder die CDU noch die Grünen an die SPD herangetreten. Die SPD wird weiterhin ihre sozial gerechten Anträge entsprechend dem Wahlprogramm von 2013 einbringen und versuchen, mit wechselnden Mehrheiten diese durchzubringen. So ist der Antrag der SPD zum Pflegestützpunkt

schon im Kreistag mit den Stimmen aus dem neuen bürgerlichen Lager durchgelaufen.

Die SPD hat dem Haushalt 2014 zugestimmt, weil der Kreis Ostholstein Konsolidierungskreis ist, d.h. Konsolidierungshilfen bekommt. Aus diesem Grund hat die Fraktion keine haushaltsrelevanten Anträge eingebracht. Die Fraktion wird im Jahr 2014 u. a. folgende Themen besetzen:

- ◆ ÖPNV Verträge mit den Kommunen: Prüfung, ob gesetzeskonform nach §114 Schulgesetz
- ◆ Keine Schulbuskosten
- ◆ Landratswahl (2015) im Kreistag – Kandidat\_in
- ◆ Breitbandversorgung
- ◆ Demografiebericht der Kreisverwaltung
- ◆ Netzausbau
- ◆ Windenergie

Die Arbeit der ehrenamtlichen Kreistagsabgeordneten in der Fraktion ist u. a. gekennzeichnet durch die politische Arbeit vor Ort d. h. nah bei den Menschen. Durch die enge Vernetzung, Zusammenarbeit mit dem Kreisvorstand, Fraktionen vor Ort, MdLs, MdB, AG Nord, Süd und unseren vielen Arbeitsgemeinschaften sind wir sehr gut aufgestellt und politisch schlagkräftig.

Ich möchte mich auch im Namen der Fraktion bei der Presse bedanken, die uns positiv begleitet und auch bei der Kreisverwaltung in Eutin für die sehr ausführlichen und umfangreichen Sitzungsunterlagen und für die gute Zusammenarbeit.

Ich möchte mich besonders bei der neuen Fraktion für die gute Zusammenarbeit bedanken. Wir sind schnell zusammengewachsen und haben sofort politisch losgelegt. Wir werden Schwerpunkte setzen müssen, dabei hat die Bildungs- und Sozialpolitik die oberste Priorität, denn sie sichert die Lebensgrundlage zukünftiger Generationen.

Ich wünsche allen eine weiße Adventszeit, ein ruhiges und besinnliches Weihnachtsfest und ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2014. ■

Burkhard Klinke  
SPD Fraktionsvorsitzender

## KREISTAGSFRAKTION

# ANTRAG GESUNDHEITS MANAGEMENT

Auf der Klausursitzung der SPD Kreistagsfraktion wurde auch der Personalbericht der Kreisverwaltung diskutiert. Daraus folgte die politische Entscheidung einen Antrag zur Implementierung eines betrieblichen Gesundheitsmanagements für die Mitarbeiter\_innen der Kreisverwaltung zu stellen. Die SPD Fraktion ist sich einig, dass die Anzahl der Langzeiterkrankten immer noch zu hoch ist und die präventiven Maßnahmen der Verwaltung nicht ausreichen, sie begrüßt und unterstützt aber gleichzeitig die Maßnahmen der Verwaltung.

Eine leistungsfähige Verwaltung braucht leistungsfähige Mitarbeiter\_innen. Es gilt daher, die Arbeitsfähigkeit bis zum Eintritt in das Renten- oder Pensionsalter zu erhalten. Dies ist ein zentrales Anliegen eines betrieblichen Gesundheits-

managements in der Kreisverwaltung. Die SPD Fraktion beantragt deshalb für die Kreistagsitzung am 3. 12. 2013 folgendes

### **IMPLEMENTIERUNG EINES BETRIEBLICHEN GESUNDHEITSMANAGEMENTS (BGM)**

Für die Mitarbeiter\_innen der Kreisverwaltung ist ein Betriebliches Gesundheitsmanagement aufzubauen. Für die Konzeption und die Durchführung der Maßnahme ist externer Sachverstand heranzuziehen. Die notwendigen Mittel sind im Haushalt kontinuierlich bereitzustellen.

### **Begründung**

Die Mitarbeiter\_innen sind die wichtigste Ressource der Kreisverwaltung. Von ihrer Qualifikation, ihrem Engagement und ihrer Identifikation mit den ihnen übertragenden Aufga-

ben hängt ganz wesentlich ab, ob die Verwaltung ihre Leistungen im Interesse der Bürger\_innen zuverlässig und auf hohem Niveau bereitstellen kann.

Eine leistungsfähige Verwaltung braucht leistungsfähige Mitarbeiter\_innen. Es gilt daher, die Arbeitsfähigkeit bis zum Eintritt in das Renten- oder Pensionsalter zu erhalten. Dies ist eines der zentralen Anliegen eines betrieblichen Gesundheitsmanagements in der Kreisverwaltung.

Durch die Einsparungen in den letzten Jahren, dem Stellenabbau sowie die Wiederbesetzungssperren ist es zu Arbeitsverdichtungen gekommen und zu einem erheblichen psychologischen Arbeitsdruck. Der Personalbericht 2012 bestätigt wieder den hohen Krankenstand und den weiteren Anstieg der Langzeiterkrankten.

Die SPD Fraktion begrüßt und unterstützt die Maßnah-

men der Verwaltung zur aktiven Gesundheitsförderung (s. Personalbericht 2012). Die Maßnahmen und Angebote bei der Kreisverwaltung haben jedoch nicht den gewünschten Erfolg gebracht, die Anzahl der Langzeiterkrankten ist weiter gestiegen (s.a. Demografiebericht des Kreises OH 2013 v. 27. 8. 2013). Die Bundesregierung, die Gewerkschaften und die Arbeitgeber haben im September 2013 in einer gemeinsamen Erklärung festgehalten, dass psychische Belastung und ihre möglichen negativen Folgen beim Arbeitsschutz ebenso ernst zu nehmen sind wie physische Belastung.“ ■

Burkhard Klinko  
 SPD Fraktionsvorsitzender  
 Gerhard Fritsche  
 Finanzpolitischer Sprecher

## SPD-KREISVERBAND OSTHOLSTEIN TRAUER UM HEINZ BRASCH

Heinz Brasch ist nach kurzer Krankheit am 23. November 2013 im Alter von 83 Jahren verstorben. Heinz war seit Januar 1961 Mitglied der SPD, hat im Lauf der vielen Jahren in diversen Funktionen und Gremien außerordentliches für die Sozialdemokratie, sei es innerhalb seines Ortsvereines Grömitz, als Mitglied der AG 60plus oder auch als Revisor des SPD-Kreisverbandes Ostholstein geleistet. Mit großer Sorgfalt und Akribie hat Heinz als Präsidiumsmitglied die Nieder-

schriften zahlreicher Kreisparteitage angefertigt. Unser tiefes Mitgefühl gilt der Familie, insbesondere seiner Frau Karin. Sein Tod ist ein großer Verlust für die Sozialdemokratie. Der SPD Kreisverband Ostholstein wird Heinz Brasch stets ein ehrendes Andenken bewahren. ■

Lars Winter, MdL  
 Kreisvorsitzender

## KV OSTHOLSTEIN IST UNSERE FLÜCHTLINGSPOLITIK NOCH ZEITGEMÄß?

Am 28. November 2013 führte die SPD Ostholstein eine Veranstaltung zur derzeitigen Flüchtlingspolitik in Deutschland und insbesondere in der EU durch. Anlass war das fürchterliche Bootsunglück vor Lampedusa, wo kürzlich mehr als 400



Menschen sterben mussten. An starken Worten mangelte es den Europäern nicht. Das Flüchtlingsdrama von Lampedusa mit mehr als 400 Toten sei ein Horroreignis und ein Weckruf für Europa - so tief betroffen zeigten sich die EU-Innen-

minister und waren sich einig: Europa muss etwas tun. Doch auf die Frage was genau, findet die EU keine Antwort. Die Europäische Union, Friedensnobelpreisträgerin des Jahres 2012, stößt bei der vielbeschworenen Solidarität in punkto Flüchtlinge an ihre Grenzen.

Sollen Vorfälle, wie kürzlich vor Lampedusa, zukünftig zum Alltag werden? Wollen wir Europa weiter so abschotten, wie derzeit praktiziert? Wo bleibt die Menschlichkeit?

Auf dem Podium in der Elisabeth-Selbert-Gemeinschaftsschule in Bad Schwartau saßen die SPD Europaabgeordnete Ulrike Rodust, der Flüchtlingsbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein und Kapitän a.D. der Cap Anamur, Stefan

Schmidt, Inga Morgenstern, stellvertretende Bundesvorsitzende von Amnesty International, und der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, Andreas Breitner. Moderiert wurde die Veranstaltung von unserem Kreisvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Lars Winter.

Schnell wurde im Rahmen der Diskussion deutlich, wie komplex und schwierig der Umgang mit dem Thema Asylpolitik sei. So schilderte beispielsweise ein Zuschauer den Fall eines jungen Afghanen, der die Möglichkeit habe, eine Aushilfsanstellung für dreieinhalb Wochenstunden zu erhalten, diese aber aufgrund der noch fehlenden gültigen Aufenthaltsgenehmigung nicht annehmen darf.

Einigkeit bestand unter allen Podiumsgästen auch darin, dass jeder Fall von Asylgesuchen zwar gründlich geprüft werden muss, dass die Vielzahl an Gesetzen, Regeln und Bürokratien jedoch oftmals eine für die Betroffenen zufriedenstellende Lösung sehr schwer mache. „In diesem Zusammenhang ist es überaus wichtig, jeden Einzelfall sorgfältig und auch über längere Zeit zu prüfen und nicht pauschal abzuhandeln“ mahnt die amnesty international Beauftragte Inga Morgenstern dazu an. „Leider ist es aufgrund der für Laien schwer zu durchschauenden Rechtsvorschriften und Gesetze so, dass viele Verfahren auf den ersten Blick zu einem „unsinnigen Ergebnis führen“ betont der Flüchtlingsbeauftragte Stefan Schmidt.

„Erfreulich ist aber“, so Innenminister Breitner ergänzend, „dass viele Kommunen die Flüchtlinge nicht alleine lassen, sondern gute Hilfestellung mit Angeboten und Ratschlägen bieten, und auch das Angebot an akzeptablen Flüchtlingsunterkünften in den Kommunen immer weiter zunehmen, auch wenn dieses die kommunalen Haushalte enorm belastet. Nicht zu bezahlen ist der unermüdliche Einsatz der ehrenamtlichen Bürgerinnen und Bürger bei der Eingliederung von Flüchtlingen in die Gesellschaft.“

Hierbei liegt der Europaabgeordnete Ulrike Rodust im Umgang mit den Asylbewerbern besonders am Herzen, dass das Thema nicht in den Hintergrund gerät. „Flüchtlingspolitik ist eine Sache der EU – und jeder Einzelne von uns ist ein Teil der EU und kann etwas Positives bewirken“.

Im Schlussplädoyer waren sich alle darüber einig,

... dass die Wirtschaftskraft und der Arbeitsmarkt Afrikas gestärkt werden müssen. Europäische Exporte nach Afrika, wie z.B. Hähnchenflügel und -keulen, weil der europäische

Konsument nur auf die Hähnchenbrust Wert legt, müssen unterbleiben. Jeder kann durch sein Einkaufsverhalten dafür sorgen, dass ein besseres wirtschaftliches Miteinander zwischen Europa und Afrika entsteht;

... dass freundlicher Kontakt zu Migranten, Asylbewerbern und Flüchtlingen immer der wichtigste persönliche Beitrag jedes einzelnen Schleswig-Holsteiners und jeder Schleswig-Holsteinerin ist. ■



Foto © Joerg Schimeck

## FESTAKT IN ST. PETRI ZU LÜBECK 100. GEBURTSTAG VON WILLY BRANDT

Über 400 Besucher, Willys Wegbegleiter Egon Bahr, Björn Engholm, Marianne Tidick und Cornelia Sonntag-Wolgast, die das Gespräch moderierte, haben die Veranstaltung des SPD Landesverbandes Schleswig-Holstein, vertreten durch Ralf Stegner, besucht und einen informativen und emotionalen Abend mit Zeitzeugen, die Willy Brandt lebendig werden ließen, erlebt.



Fotos © Beate Müller-Behrens



Ein sehr persönliches Grußwort sprach Pastor Dr. Bernd Schwarze, der an die stille Aufmerksamkeit im Wohnzimmer seiner Kindheit erinnerte, wenn Willy im Radio zu hören war.



Chansons mitten in die Herzen der Sozialdemokratie: Anna Haentjens, von Sven Selle am Klavier begleitet.



Landesvorsitzender Ralf Stegner sprach als Gastgeber in seiner Rede von der Gefahr, aus Willy Brandt einen Mythos zu machen ...



... Björn Engholm macht da gerne mit: <https://soundcloud.com/spd-schleswig-holstein/rede-bj-rn-engholm-zum-100> ■

WIR WÜNSCHEN EUCH EIN FRÖHLICHES WEIHNACHTSFEST  
UND EIN GLÜCKLICHES JAHR 2014



**IMPRESSUM**

SPD Kreisverband OH  
Lübecker Straße 6  
23701 Eutin

Telefon 04521/59 57  
[kv-ostholstein@spd.de](mailto:kv-ostholstein@spd.de)  
[www.spd-ostholstein.de](http://www.spd-ostholstein.de)

Wir veröffentlichen gerne Artikel und Kommentare, eure Meinung und Leserbriefe, wenn sie sich mit dem Thema der Ausgabe befassen oder auf den Kreis Ostholstein Bezug nehmen. Für den Inhalt sind die Autor\_innen verantwortlich, Artikel ohne Namen entsprechen der Meinung der Redaktion, Kürzungen und Korrekturen behalten wir uns vor. ■

**REDAKTION**

V.i.S.d.P. Lars Winter, MdL und *Kreisvorsitzender*, Korrektur Gisela Teuchert-Benker, Layout und Schlussredaktion Beate Müller-Behrens

*Die Redaktion*

**Mails für die Redaktion bitte an [Lars Winter winter.mdl@aol.de](mailto:winter.mdl@aol.de) und [Beate Müller-Behrens beatemuellerbe@yahoo.de](mailto:Beate Müller-Behrens beatemuellerbe@yahoo.de) senden**